

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Wohnungseinbrüche konsequent zurückdrängen**

Wohnungseinbruchskriminalität beeinträchtigt die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl der Menschen in allen Großstädten. Auch in Bremen sind jährlich fast 3 000 Haushalte betroffen. Die Aufklärungsquoten sind niedriger als in anderen Kriminalitätsfeldern, da die Ermittlungsarbeit der Polizei in der Regel allein auf Tatortspuren angewiesen ist. Ein Wohnungseinbruch bedeutet für die Betroffenen eine gravierende Verletzung des persönlichen Lebensbereichs und ihres Sicherheitsempfindens. Der Senat und die Bremer Polizei haben sich des Problems daher in den vergangenen Jahren bereits auf vielfältige Weise sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich angenommen:

- Die Beratung hinsichtlich technischer Haus- und Wohnungssicherung wurde intensiviert. Der Einsatz von Sicherheitstechnik an Türen und Fenstern kann nachweisbar den Einbruchserfolg um ein erhebliches Maß senken, ist in Vermietungsobjekten jedoch abhängig vom Eigentümerwillen. Ein positives Beispiel ist hier die Zusammenarbeit zwischen der GEWOBA und der Polizei Bremen, die eine Verbesserung der Sicherheitstechnik in Mehrfamilienhäusern und im Wohnumfeld zum Ziel hat.
- Die Anschaffungskosten für künstliche DNA konnten dank der durch die Unterstützung der Polizei gewonnenen Förderer gesenkt werden, was die Ausstattung ganzer Straßenzüge und Wohneinheiten mit künstlicher DNA ermöglicht hat.
- Im Fall von Serien oder Häufungen von Wohnungseinbrüchen wurden – stadtteilbezogen – polizeiliche Ermittlungsgruppen eingesetzt. Durch Schwerpunktmaßnahmen konnten so ganze Tätergruppen ermittelt werden und die Zahl der Fälle ging in den besonders betroffenen Stadtteilen für eine Weile zurück. Auch eine gemeinsame von Bremen und Oldenburg eingerichtete polizeiliche Ermittlungsgruppe konnte bereits erhebliche Erfolge erzielen. In Bremerhaven wurde ein „Runder Tisch Einbruch“ mit Experten verschiedener Einrichtungen eingerichtet.
- Darüber hinaus wird im Rahmen des Projekts „Stopp der Jugendgewalt“ mit dem Schwellen- und Intensivtäterkonzept für Jugendliche und Heranwachsende versucht, kriminelle Karrieren auf diesem Gebiet durch eine individuell abgestimmte Kombination von konsequenten Strafverfolgungs- und sozialen Unterstützungsmaßnahmen zu beenden.

Trotz all dieser bereits ergriffenen Maßnahmen müssen wir aber feststellen, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche in Bremen immer noch viel zu hoch ist und teilweise eine neue erschreckende Qualität annimmt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Bekämpfung der Einbruchskriminalität zu einem Schwerpunktthema zu machen und hierfür eine besondere Prioritätensetzung im Bereich Prävention, Ermittlung und Strafverfolgung vorzunehmen mit dem Ziel der Beschleunigung von Reaktion und Anklage,

2. die Verbesserung des Einbruchsschutzes für Mehrfamilienhäuser nach dem Muster der Zusammenarbeit zwischen Polizei und GEWOBA weiter voranzutreiben und nach Möglichkeit weitere Wohnungsbaugesellschaften für die Verbesserung des Einbruchsschutzes und von Wohnumfeldmaßnahmen zu gewinnen,
3. zu prüfen, inwieweit es möglich ist, Vermieterinnen und Vermieter zu verpflichten, den Einbruchsschutz ihrer Wohnungsmietobjekte zu verbessern,
4. die Beratung von Mieterinnen und Mietern, Wohnungs- und Eigenheimbesitzerinnen und -besitzern zur Verbesserung des Einbruchsschutzes auch im Zusammenwirken mit Mietervereinen und Eigentümerverbänden und auf Stadtteilbene im Zusammenwirken mit Präventionsräten, Ortsämtern, Beiräten bzw. Stadtteilkonferenzen weiterzuentwickeln,
5. das Projekt künstliche DNA zu evaluieren und auf der Grundlage ermittelter Erfolge weiterzuentwickeln,
6. Best-Practice-Modelle anderer Gemeinden und Bundesländer zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität zu analysieren und auf ihre Übertragbarkeit auf Bremen hin zu überprüfen, insbesondere täter- und tätergruppenbasierte Ermittlungsansätze und Konzepte zum Einsatz schlagkräftiger polizeilicher Ermittlungsgruppen,
7. zu prüfen, inwieweit es erforderlich erscheint, ein umfassendes und gegebenenfalls ressortübergreifendes Konzept zur nachhaltigen Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität für die beiden Kommunen zu entwickeln und, soweit erforderlich, umzusetzen und
8. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines Jahres zu berichten.

Sükrü Senkal,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen